



SPD-Ratsfraktion, Altes Rathaus Markt 1, 26105 Oldenburg

Herrn
Oberbürgermeister
Jürgen Krogmann
Altes Rathaus / Markt 1

26122 Oldenburg

**FRAKTION IM RAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT
OLDENBURG**
Altes Rathaus · Markt 1
26105 Oldenburg
Telefon (0441) 235 26 85
Telefax (0441) 235 21 55
E-Mail: spd-fraktion@stadt-oldenburg.de

20.11.2018

Antrag auf Aufnahme des Tagesordnungspunktes „Abschaffung der Straßenausbaubeiträge“ für die nächste Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligung, des Verwaltungsausschusses und des Rates

Sehr geehrter Herr Krogmann,

die SPD-Fraktion beantragt die Aufnahme des Tagesordnungspunktes

„Abschaffung der Straßenausbaubeiträge“

für die nächste Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligung, des Verwaltungsausschusses und des Rates.

Beschlussvorschlag

Die Verwaltung wird beauftragt, die Voraussetzungen für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge schnellstmöglich, spätestens bis zum Jahr 2020, zu schaffen.

Begründung

Die SPD-Fraktion spricht sich vor dem Hintergrund der zunehmenden grundsätzlichen Kritik gegenüber der Erhebung der Straßenausbaubeiträge (Strabs) und der Tatsache, dass eine Vielzahl von Kommunen in Niedersachsen die Strabs bereits abgeschafft haben, dafür aus, diesen Weg ebenfalls für Oldenburg zu beschreiten.

Da im Vorfeld der Abschaffung noch rechtliche und umsetzungstechnische Fragen zu klären sind, ist eine Umsetzung der Forderung voraussichtlich erst im Laufe des Jahres 2019 möglich. Die SPD-Fraktion strebt eine Abschaffung spätestens zum Jahr 2020 an.

Zielsetzung der SPD-Fraktion ist es, dass laufende und anstehende Ausbaumaßnahmen nicht mehr veranlagt werden sollen. Darüber hinaus ist zu prüfen, wie mit in letzter Zeit abgeschlossenen Maßnahmen verfahren werden soll. Hier wird eine Rückwirkungsregelung angestrebt.

Die Abschaffung der Strabs muss gegenfinanziert werden. Dies kann aus unserer Sicht nicht zu Lasten des allgemeinen Haushaltes gehen, denn die fehlenden Mittel würden dann u.a. für den Schul,- Kita,- Sportstättenbau, nicht mehr zur Verfügung stehen.

Aus diesem Grund spricht sich die SPD-Fraktion für ein grundsteuerfinanziertes Modell aus. Dies würde laut Berechnungen der Verwaltung aus unserer Sicht zu vertretbaren, teilweise auch nur geringfügigen, Mehrbelastungen bei Mietern*innen und Grundstückseigentümern*innen führen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Ulf Prange
Fraktionsvorsitzender

gez. Margrit Conty
Mitglied im AFB